



Pressemitteilung vom 24.01.2020

## Psychiatriepolitik – Parteien stehen Rede und Antwort

Anlässlich der bevorstehenden Bürgerschaftswahl lud die Hamburgische Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V. (HGSP) am 22. Januar 2020 ein zu einem öffentlichen „Psychiatriepolitischen Impuls“. Nach einer dialogischen Einführung, in der aus Betroffenen-, Angehörigen- und professioneller Sicht jeweils ein kurzes Schlaglicht auf die Situation psychisch erkrankter Menschen in Hamburg geworfen wurde, zeigte Prof. Dr. med. Arno Deister, Chefarzt am Klinikum Itzehoe in seinem Beitrag „Quo vadis Psychiatrie?“ Perspektiven einer zeitgemäßen Psychiatriepolitik auf. Anschließend stellten Vertreterinnen der politischen Parteien SPD, Grüne und Linke (CDU und FDP hatten abgesagt) ihre gesundheits- und psychiatriepolitischen Ideen vor. Die rd. 100 Gäste waren eingeladen, über die künftige Gestaltung der gesellschaftlichen Teilhabe von Menschen mit psychischen Erkrankungen zu diskutieren.



*Psychiatriepolitik für eine inklusive Stadt: Anna Rinne (Die Linke), Christiane Blömeke (GRÜNE) und Sylvia Wowretzko (SPD), standen den Teilnehmenden für Fragen zur Verfügung. (Foto: Klaus Radetzki ©)*

Die HGSP setzt sich ein für einen vorurteilsfreien und zugewandten Umgang mit erkrankten Menschen. Ziel der Veranstaltung war es daher, eine gesundheits-, sozial- und stadtpolitische Perspektive einzunehmen sowie Impulse zu setzen für ein Handlungsverständnis, das getragen ist vom Willen der Verbesserung der Lebenssituation betroffener Menschen, der Angehörigen und des therapeutischen Personals.



Zentrale Aussagen im Rahmen der Veranstaltung:

Die Anwesenden Politikerinnen bekennen sich dazu, dass die Stadt Hamburg eine Verantwortung für Menschen hat, die offensichtlich einen hohen Hilfebedarf haben und hochstrukturierte Angebote in Hamburg benötigen. Sowohl aus dem Publikum als auch seitens der HGSP wurde formuliert, dass dies Problem nicht allein durch geschlossene Heimplätze zu lösen sei.

„Wer psychisch krank wird, ist nicht unbedingt bettlägerig,“ verdeutlichte Prof. Dr. Thomas Bock in Bezug auf die immer noch zu starre Finanzierungssystematik. Dabei greift er die einführenden Gedanken von Arno Deister auf in Bezug auf die verbindliche Vorhaltung von therapeutischer Beziehungsleistung als Voraussetzung einer leistungsfähigen sozialen Psychiatrie. Einigkeit besteht in Bezug auf die Notwendigkeit verbindlicher und intensiver Betreuungssettings in aufsuchender Form - auch und vor allem in schweren Krisen. Die Praxis in Hamburg bleibt hier weit hinter den gesetzlichen Möglichkeiten zurück – z.B. hinsichtlich einer Akutbehandlung zuhause. Auch die regionale Kooperation mit der ambulanten Sozialpsychiatrie bleibe zu unverbindlich. Hier wurde die Kontrolle der Politik gegenüber den Trägern eingefordert.

Ein aufsuchender Krisendienst soll, so der erklärte Wille der Grünen-Vertreterin, in Hamburg eingerichtet werden. Dass dieser so noch nicht eingerichtet wurde bzw. sich derzeit reduziert auf ein nicht funktionsfähiges Krisentelefon, überraschte sowohl die SPD als auch die Grünen. Hier zeigte sich einmal mehr der Bedarf eines abgestimmten Kommunikationsprozesses.

Das Psychisch-Krankengesetz (HmbPsychKG) bedarf der Reform, auch um einen zuletzt doch allzu niedrigschwelligen Einsatz von Wachdiensten auszuschließen.

Für eine\*n starke\*n Psychiatriekoordinator\*in sowie einen trialogischen Psychiatrie-beirat gab es ebenfalls Verständnis und politische Umsetzungsbereitschaft. Dieser sollte nach dem Willen der Politik aber nicht gänzlich unabhängig sein, sondern bedarf einer Behördenanbindung. Die HGSP und die beteiligten Vertreter\*innen wurde ausdrücklich eingeladen, den psychiatriepolitischen Diskurs fortzusetzen um zu Beginn der neuen Legislatur entsprechende Strukturen mitzugestalten.

Die HGSP bedankt sich bei allen Beteiligten für die konstruktive und anregende Auseinandersetzung. Gemeinsam mit der psychiatrischen Selbsthilfe wird die HGSP sich dafür einsetzen, die genannten Forderungen umzusetzen, um die Lebenssituation psychisch erkrankter Menschen in Hamburg zu verbessern.



Weitere Informationen und Kontakt:

Michael Schweiger (Vorstand)

Telefon: 0 40/38 90 45-48

[info@dgsp-hamburg.de](mailto:info@dgsp-hamburg.de)